



Vereinbarung

zur Erreichung der Ziele der

Grundsicherung für Arbeitsuchende

im Jahr 2018

Vereinbarung

zwischen dem

**Niedersächsischen Ministerium
für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**

vertreten durch Herrn Staatssekretär Dr. Berend Lindner

und dem

**Niedersächsischen Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

vertreten durch Herrn Staatssekretär Heiger Scholz

und dem

**Landkreis Göttingen
als zugelassenen kommunalen Träger**

vertreten durch Herrn Kreisrat Marcel Riethig

**zur Erreichung der Ziele
der Grundsicherung für Arbeitsuchende
im Landkreis Göttingen
im Jahr 2018**

Inhalt

I. Grundsätze.....	3
II. Rahmenbedingungen.....	4
III. Vereinbarungen.....	4
§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner	4
§ 2 Haushaltsmittel und gesetzliche Neuregelungen	5
§ 3 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen	5
1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit	5
2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit.....	5
3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug	6
4. Verbesserung der Integration Alleinerziehender in Erwerbstätigkeit	6
5. Gleichstellungspolitisches Ziel	6
6. Individuelle Zielvereinbarung	6
§ 4 Zielnachhaltung und Zieldialoge im Land Niedersachsen.....	7

Zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende schließen
das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (MW)
und
das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
mit dem
Landkreis Göttingen
hinsichtlich der Leistungserbringung durch die zugelassenen kommunalen Träger
gemäß § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch (SGB II)
für das Jahr 2018 folgende

Vereinbarung

I. Grundsätze

Die Aufnahme und Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit, die Erhaltung, Verbesserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sowie die Unabhängigkeit von staatlichen Hilfeleistungen sind die zentralen Anliegen des SGB II. Diese Zielvereinbarung ist deshalb darauf ausgerichtet, möglichst viele Leistungsberechtigte dauerhaft in existenzsichernde Erwerbstätigkeit einzugliedern und die Hilfebedürftigkeit insgesamt zu vermindern. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermeidung und Verringerung des Langzeitleistungsbezugs gelegt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist als Querschnittsaufgabe gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 SGB II durchgängig zu berücksichtigen.

Die Überwindung von Hilfebedürftigkeit setzt im Regelfall eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit voraus. Die Anstrengungen der Beteiligten sind daher in erster Linie hierauf auszurichten. Hierbei fördern sie verstärkt auch Frauen insbesondere in Bedarfsgemeinschaften mit und ohne Kindern und nehmen deren berufliche Integration in den Fokus. Die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen ist neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen die entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Leistungserbringung der kommunalen Träger. Die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten tragen dazu bei, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden, zu verkürzen und zu vermindern.

Diejenigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die nicht unmittelbar in Erwerbstätigkeit vermittelt werden können, sollen niedragschwellige Angebote erhalten, die ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern und perspektivisch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Hierbei sollen die kommunalen Träger insbesondere auch gesundheitliche Handlungsbedarfe berücksichtigen.

II. Rahmenbedingungen

Auf Landesebene:

Für das Land Niedersachsen ist davon auszugehen, dass sich die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit weiterhin positiv entwickeln werden. So prognostiziert das IAB für 2018 einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf einen historisch niedrigen Stand. Gleichzeitig wird dank anhaltender guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf ein neues Rekordniveau weiter ansteigen.

Im weiteren Verlauf des Jahres sind in den Gesprächen zur Zielerreichung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Göttingen die für den Arbeitsmarkt bestehenden konjunkturellen und strukturellen Besonderheiten genau zu beobachten und bei der Bewertung der Zielerreichung zu berücksichtigen.

Als finanzielle Rahmenbedingungen stehen für die Eingliederung und Betreuung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten laut ersten Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2018 – unter dem Vorbehalt der sachlichen Diskontinuität infolge der Bundestagswahl vom 24.09.2017 – dem Landkreis Göttingen im Gesamtbudget (Personal- und Sachkosten sowie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) rd. 28,4 Mio. Euro für das Jahr 2018 zur Verfügung.

III. Vereinbarungen

§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner

MW, MS und der Landkreis Göttingen setzen sich dafür ein, dass die in § 3 vereinbarten Ziele erreicht werden. Die Maßnahmen des Landkreises zur Zielerreichung erfolgen wirkungsorientiert und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. MW und MS unterstützen die Zielerreichung des Landkreises durch fachliche Beratung.

§ 2 Haushaltsmittel und gesetzliche Neuregelungen

(1) Nach der Eingliederungsmittel-Verordnung 2018 sind – unter Berücksichtigung der sachlichen Diskontinuität - für den zugelassenen kommunalen Träger Landkreis Göttingen im Jahr 2018 folgende vorläufigen Haushaltsansätze vorgesehen:

- | | |
|--|------------------|
| • Verwaltungs- und Sachkosten | 16.836.766 Euro |
| • Leistungen zur Eingliederung in Arbeit | 11.569.695 Euro. |

§ 3 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen

(1) Der Landkreis Göttingen als zugelassener kommunaler Träger, MW und MS vereinbaren sich zu folgenden Zielen:

1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung nach SGB II aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird.

Für die Nachhaltigkeit der Zielerreichung wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings beobachtet.

Weiterhin soll im Monitoring der Einfluss der Qualität der Integrationen auf die Entwicklung der Hilfebedürftigkeit betrachtet werden. Hierzu werden die kontinuierliche Beschäftigung sowie die bedarfsdeckenden Integrationen beobachtet. Darüber hinaus wird besonderes Augenmerk auf die Integrationsquote der Langzeitleistungsbezieher sowie auf die Zahl der Langzeitleistungsbezieher, die seit vier Jahren oder länger als erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hilfebezug sind, gelegt.

2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit durch Integration in Erwerbstätigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote.

Die Vereinbarung ist für das Jahr 2018 erfüllt, wenn die Integrationsquote des Landkreises Göttingen wieder das Niveau des Jahres 2017 erreicht (Veränderungsquote 0,0 %).

3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Ziel ist die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug. Der Prävention und Beendigung des Langzeitleistungsbezugs soll deshalb weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Damit wird zugleich ein Beitrag zum generellen Ziel des SGB II geleistet, die Dauer des Hilfebezugs zu verkürzen, die Entstehung von Langzeitleistungsbezug zu verhindern und die sozialen Teilhabechancen sowie die Beschäftigungsfähigkeit auch für marktbenachteiligte Leistungsberechtigte zu verbessern.

Das Ziel ist im Jahr 2018 erreicht, wenn der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehern des Landkreises Göttingen nicht mehr als um 2,0 % im Vergleich zum Jahr 2017 steigt.

4. Verbesserung der Integration Alleinerziehender in Erwerbstätigkeit

Die Integration von Alleinerziehenden in Erwerbstätigkeit soll weiterhin im Fokus stehen. Dazu soll im Jahr 2018 die Ergänzungsgröße "Integrationsquote der Alleinerziehenden" nach § 5 Abs. 2 Nr. 4 VO zu § 48a SGB II im Vergleich zum Vorjahr in ihrem Verlauf beobachtet werden.

5. Gleichstellungspolitisches Ziel

Der Integration von Frauen in Partner-Bedarfsgemeinschaften ohne und mit Kind(ern) in Erwerbstätigkeit soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu soll im Jahr 2018 die „Integrationsquote von Frauen in Partner-Bedarfsgemeinschaften ohne und mit Kind(ern)“ im Vergleich zum Vorjahr in ihrem Verlauf beobachtet werden.

6. Individuelle Zielvereinbarung

Das Land unterstützt die Zielsetzung des Landkreises Göttingen, auch an den Standorten Osterode und Südharz jeweils eine Jobakademie einzurichten und die Einführung zu evaluieren. Der Landkreis Göttingen wird im Rahmen der Zieldialoge oder in einem gesonderten Termin über die Einführung der Jobakademien sowie über die ersten Ergebnisse – insbesondere auch im Vergleich zu den bereits bestehenden Jobakademien - berichten.

(2) Hinsichtlich der Zielindikatoren und der jeweils zu berücksichtigenden Ergänzungsgrößen findet die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152) Anwendung.

§ 4 Zielnachhaltung und Zieldialoge im Land Niedersachsen

(1) Der Landkreis Göttingen, das MW und das MS führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit unterjährig in regelmäßigen Abständen – mindestens jedoch zweimal jährlich - Zieldialoge zur Entwicklung der Kennzahlen und Ergänzungsgrößen nach § 48a SGB II sowie zum Stand der Zielerreichung. Insbesondere bei Zielabweichungen und auf Wunsch des Landkreises Göttingen können unterjährig weitere Gespräche geführt werden.

(2) Grundlage für die Zieldialoge und die Beurteilung der Zielerreichung 2018 bilden die Jahresfortschrittswerte ohne Wartezeit. Für die (unterjährige) Beurteilung der in § 3 vereinbarten Zielwerte (Zielerreichung) werden jeweils die Jahresfortschrittswerte mit den gleichen Ladeständen verglichen. Das MW stellt dem Landkreis Göttingen regelmäßig aufbereitete Daten zur Bewertung der Zielerreichung zur Verfügung.

(3) Die Gesamtergebnisse der Zielsteuerung 2018 werden auf Grundlage von Jahresendwerten 2018 ohne Wartezeit im Rahmen des Dialogs im Frühjahr 2019 bewertet.

(4) Abweichungen von den in § 2 festgelegten Haushaltsmitteln und den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten werden bei der Beurteilung der Zielerreichung ebenso berücksichtigt wie Änderungen des Rechtsrahmens, konjunkturelle und strukturelle Besonderheiten. Insbesondere die aus den Herausforderungen durch Zuwanderung, Flucht und Asyl resultierende Unsicherheit in der Zielplanung, wird bei der Betrachtung der tatsächlichen Entwicklung im Rahmen der Zielnachhaltung angemessen berücksichtigt. Darüber hinaus wird bei der Bewertung der Zielerreichung ebenfalls berücksichtigt, dass das Gesamtbudget des Landkreises Göttingen (Verwaltungs- und Sachkosten sowie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) entgegen der allgemeinen Entwicklung und trotz des flüchtlingsbedingten Anstieges der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der Bedarfsgemeinschaften nach den vorläufigen Daten im Jahr 2018 um rund 4 % sinkt. Dies führt dazu, dass die erforderliche Umschichtung von den Eingliederungsmitteln zu den Verwaltungskosten stark steigen muss und dass unter Berücksichtigung

der bereits gebundenen Mittel aus Vorjahren damit der Handlungsspielraum für Eingliederungsleistungen im Jahr 2018 sehr eingeschränkt ist.

(5) In die Vorbereitung der regelmäßigen und ggf. notwendigen anlassbezogenen Zieldialoge wird der Ausschuss für Zielvereinbarungen nach § 2b des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB II) einbezogen, welcher ebenfalls die maßgeblichen Grundlagen und Empfehlungen dafür erarbeitet.

Hannover, den 13.7. 2018
In Vertretung

(Dr. Berend Lindner)
Niedersächsisches
Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitali-
sierung

Hannover, den 8.7. 2018
In Vertretung

(Heiger Scholz)
Niedersächsisches
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstel-
lung

Göttingen, den 13.2. 2018
in Vertretung

(Marcel Riethig)
Landkreis Göttingen